Protokoll Nr. 12 (2015-2019)

der Sitzung des Beirates Vahr am 21.06.2016 im Bürgerzentrum Neue Vahr

Beginn: 19:35 Uhr Ende: 22:00 Uhr

Anwesend waren:

a) vom Beirat	Herr Andreßen	Herr Burichter
	Herr Dicke	Herr Emigholz
	Frau Früh	Herr Gerkmann
	Herr Haga	Herr Maas
	Herr Mettert-Kruse	Herr Michalik
	Herr Resch	Herr Siegel
	Frau Szkoda	Frau Schulz
	Frau Walecki	
b) vom Ortsamt	Frau Dr. Mathes	
	Herr Berger	
c) als Gäste	Frau Sakarya-Demirci (Senatorin für Kinder und Bildung)	
	Herr Stöver (WiN-Quartiersmanager)	

Frau Dr. Mathes bittet den Beirat, zwei Änderungen zur vorliegenden Tagesordnung vorzunehmen: Als TOP 3 neu soll ein Antrag der SPD-Fraktion zur Kindertagesbetreuung im Übergangswohnheim (ÜWH) Bardowickstraße behandelt werden und als TOP 6 neu „Programme Wohnen in Nachbarschaften (WiN) und Soziale Stadt“.[1] Die anderen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.
Der Beirat ist mit diesen Änderungen einverstanden.

Das Protokoll Nr. 11 der Beiratssitzung am 17.05.2016 wird genehmigt.

TOP 1: Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Mitteilungen aus der Bevölkerung
Ein Anwesender bittet darum, die Verkehrsüberwachung auszuweiten und bezieht sich dabei auf den vor kurzem stattgefundenen schweren Verkehrsunfall an der Kreuzung Julius-Brecht-Allee/ Konrad-Adenauer-Allee. Außerdem regt er an, durch Flüchtlinge „Motivationskurse“ für Flüchtlinge anzubieten, um zu zeigen, dass alle es schaffen können. Weiterhin weist er darauf hin, dass die Ampelschaltung an der Kreuzung Kurt-Schumacher-Allee/ Karl-Kautsky-Straße verbessert werden sollte.
Frau Dr. Mathes entschuldigt zunächst den Leiter des Vahrer Polizeireviers, Herrn Häntsche, und weist anschließend auf den Bundesfreiwilligendienst hin, der auch Flüchtlingen offen stehe.[2] Zur Kreuzung Kurt-Schumacher-Allee/ Karl-Kautsky-Straße liege bereits ein Bürgerantrag des Elternbeirats an der Oberschule Kurt-Schumacher-Allee (KSA) vor, den das Ortsamt zunächst dem Vahrer Polizeirevier zur Prüfung weitergeleitet habe.

Frau Kurzhöfer (Gewoba AG) kündigt an, dass die Gewoba in der Carl-Severing-Straße am 22.07.2016 in der Zeit von 14 bis 17 Uhr ein Nachbarschaftsfest durchführen werde, um neu Zugezogene mit den Nachbar/innen in Kontakt zu bringen.

[1] Der Antrag der SPD-Fraktion ist als **Anlage 1** diesem Protokoll angefügt.
[2] Näheres unter https://www.bundesfreiwilligendienst.de/.

Mitteilungen aus dem Beirat

Herr Resch problematisiert, dass Paketdienste in Unkenntnis der tatsächlichen Zufahrt zum ÜWH Bardowickstraße die Wegeverbindung auf der Grünfläche an der Ev. Epiphanias-Gemeinde benutzen. Frau Früh weist darauf hin, dass dies bereits der Fall gewesen sei, als das ÜWH noch als Schule genutzt worden sei, ohne dass dies zu Problemen geführt hätte. Frau Dr. Mathes regt an, diesen Sachverhalt ebenfalls dem Polizeirevier Vahr vorzulegen und ggf. auch im Fachausschuss „Bau, Verkehr und Umwelt" aufzurufen.

Herr Maas erinnert daran, dass er bereits mehrfach auf die Notwendigkeit einer Verkehrsüberwachung an der sog. „4. Ampel" an der Richard-Boljahn-Allee hingewiesen habe, da zahlreiche Autofahrer/innen das Rotlicht-Signal ignorierten. Frau Dr. Mathes stellt fest, dass die Anbringung eines „Dauerblitzers" bereits von der Polizei geprüft werde, aber noch keine Stellungnahme vorliege.

Frau Walecki berichtet, dass ein junger Mann, der eine Vahrer Oberschule aufgesucht habe, dort massiv von Schüler/innen homophob beleidigt worden sei. Der Mann habe anschließend die Schulleitung angeschrieben, aber keine Antwort erhalten. Sie bitte deshalb darum, dass der Fachausschuss „Bildung und Kultur" diese Problematik auf die Tagesordnung nehme und sich bei den Oberschulen nach deren Konzepten gegen Homophobie erkundige. Herr Maas als Sprecher des Fachausschusses sichert dies zu.

Mitteilungen des Beiratssprechers

Herr Siegel berichtet, dass er am 23.05.2016 (Tag des Grundgesetzes) wie die anderen Bremer Beiratssprecher/innen einer Einladung des Bundespräsidenten nach Berlin gefolgt sei. Die diesjährige Feier habe den Ehrenamtlichen in der Kommunalpolitik gegolten. Der Bundespräsident habe seinen Dank und seine Wertschätzung für die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker/innen zum Ausdruck gebracht. Da der Beirat als Team gut zusammen arbeite, möchte er diesen Dank an die anderen Beiratsmitglieder weiterreichen.

Weiterhin berichtet Herr Siegel, dass auf der gestrigen Sitzung des Controlling-Ausschusses zur Vergabe der Kinder- und Jugendfördermittel mitgeteilt worden sei, dass sich für das Jugendfreizeitheim Bispinger Straße ein Träger gefunden habe, der die Einrichtung ab 01.09.2016 zunächst kommissarisch übernehmen werde. Im Herbst solle eine Ausschreibung erfolgen, die im Ergebnis den zukünftigen Träger ergeben werde. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gehe er davon aus, dass die Einrichtung auf einem guten Weg sei.

Kritik äußert Herr Siegel an der Umsetzung des Integrationskonzeptes.[3] Für jugendliche Zuwanderer und Geflüchtete sei für 2016 im Rahmen der stadtteilbezogenen Jugendarbeit ein Betrag von € 250.000 vorgesehen, der ursprünglich nur nach der Anzahl von jugendlichen Geflüchteten in entsprechenden Wohneinrichtungen auf die Stadtteile aufgeschlüsselt werden sollte. Da in der Vahr im Augenblick nur Jugendliche im ÜWH Bardowickstraße wohnten, hätte dies für die Vahr lediglich ca. € 2.672 ergeben. Inzwischen sei diese Verteilung korrigiert worden, alle Stadtteile erhielten vorab einen Sockelbetrag von 5.000 EUR, so dass sich nun für die Vahr etwa € 6.600 ergäben. Auch dies gehe an den tatsächlichen Vahrer Verhältnissen vorbei, da all die Jugendlichen, die in den zwischenzeitlich 245 Wohnungen lebten, die die Gewoba an Flüchtlingsfamilien vergeben habe, unberücksichtigt blieben. Er schlage deshalb vor, dass das Ortsamt einen Brief an die Senatorin für Soziales richte und die Unzufriedenheit des Beirats über diese Form der Vergabe zum Ausdruck bringe und für 2017 eine bessere Lösung anmahne.
Der Beirat ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Mitteilungen aus dem Ortsamt

Frau Dr. Mathes weist darauf hin, dass aus dem Haus des Senators für Inneres eine Antwort auf den Beiratsbeschluss vom 19.04.2016, die Anzahl der Kontaktbeamten (KOPs) im Stadtteil nicht zu verringern, eingegangen sei.[4] In der Antwort werde darauf hingewiesen, dass gegen-

[3] Das Integrationskonzept wurde in der Beiratssitzung am 15.03.2016 vorgestellt, siehe unter Protokoll Nr. 9 (pdf, 90.2 KB)
[4] Die Antwort des Senators für Inneres lag den Beiratsmitgliedern als Tischvorlage vor und ist als **Anlage 2** diesem Protokoll angefügt.

wärtig stadtweit zwölf KOP-Stellen nicht zeitnah besetzt werden könnten und der Einsatz der verfügbaren KOPs mit den Revieren abgestimmt werde.
Zum Haushaltsantrag für die Vahrer Löwen vom 26.01.2016 liege inzwischen ebenfalls eine Antwort seitens der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vor.[5] Der Haushaltsantrag sei in der Sitzung der Deputation für Soziales, Jugend und Integration am 06.04.2016 abgelehnt worden. Dabei sei von falschen Annahmen ausgegangen worden, z.B. werde die Gewoba als Trägerin des Vereins Vahrer Löwen benannt, was nicht den Tatsachen entspreche. Der Verein sei mit der ausdrücklichen Absicht ins Leben gerufen worden, eine dauerhafte finanzielle Absicherung für die aufsuchende Seniorenarbeit in der Vahr zu erreichen.
Frau Dose (Vahrer Löwen e.V.) weist darauf hin, dass der Verein bislang ausschließlich ehrenamtlich tätig sei und in seiner Arbeitsweise den in der Deputationsvorlage genannten Kriterien entspreche. Deshalb sei der Verein über die ablehnende Stellungnahme erstaunt und enttäuscht gewesen.[6]
Herr Siegel hält fest, dass er mit dieser Entscheidung nicht gerechnet habe und stellt in Aussicht, alles zu tun, um für den Verein einen dauerhafte Finanzierung zu erreichen.
Herr Weigelt (Mitglied der Bremischen Bürgerschaft) weist erklärend darauf hin, dass der Haushaltsansatz für die aufsuchende Seniorenarbeit nicht erhöht worden sei. Deshalb hätten im Falle einer Berücksichtigung der Vahrer Löwen die Mittel für die bereits unterstützten drei Projekte verringert werden müssen. Im Herbst 2016 solle jedoch ein Interessenbekundungsverfahren stattfinden, an dem die Vahrer Löwen teilnehmen könnten.
Frau Dr. Mathes schlägt nach diesem Hinweis vor, Vertreter/innen der Senatorin für Soziales zur Beiratssitzung einzuladen, um das Projekt der aufsuchenden Seniorenarbeit in der Vahr eine Regelfinanzierung näher zu bringen.
Der Beirat ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

TOP 2: Aktueller Sachstand und Weiterentwicklung der Kinderbetreuung

Frau Sakarya-Demirci erinnert eingangs daran, dass sie bereits in der letzten Beiratssitzung zum Thema gesprochen habe, damals aber noch keine aktuellen Zahlen zum Statusbericht II hätte vorlegen können.[7]
Frau Sakarya-Demirci stellt an Hand einer Präsentation die im Januar 2015 vom Bremer Senat beschlossene Ausbauplanung für die Kindertagesbetreuung – quantitativ wie qualitativ – vor und stellt dabei fest, dass die zwischenzeitliche Entwicklung an Geburten und Zuzügen diese Planung bereits überholt habe.[8] Damals sei von einem stadtweiten Bedarf an 30 neuen Einrichtungen für die Kindertagesbetreuung bis 2019/ 20 ausgegangen worden, inzwischen habe sich auf der Grundlage aktueller Daten diese Zahl auf 60 erhöht.
Die Zahlen aus dem Statusbericht II ergäben einen „Anmeldeüberhang“ von 29 Kindern in der Altersgruppe unter drei Jahren und von 16 Kindern in der Altersgruppe bis sechs Jahren. Nicht versorgte Kinder wohnten dabei insbesondere in der Neuen Vahr Südost. Gegenüber dem Statusbericht I zum 01.02.2016 seien die Anmeldezahlen gesunken. Dies habe mehrere Ursachen: Manche Eltern hätten ihr Kind mehrfach angemeldet, zwischenzeitlich ihre Anmeldung zurückgezogen oder seien verzogen.
Gegenwärtig würden folgende Optionen geprüft, um die noch nicht versorgten Kinder unterbringen zu können:

- Erweiterung der Kita Bispinger Straße in den Räumlichkeiten der ehemaligen Sparkassen-Filiale am Haverbecker Weg, 20 Plätze für U3, frühestens ab dem 1. Quartal 2017;
- Erweiterung der Kita August-Bebel-Allee (Vorläufer-Einrichtung zur Kita auf dem sog. Ampelspielplatz) durch die Errichtung weiterer Mobilbauten, zwei Gruppen: Hier gebe es

[5] Die Antwort der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport ist als **Anlage 3** diesem Protokoll angefügt.
[6] Der Verein Vahrer Löwen e.V. hat sich auch schriftlich zu der ablehnenden Haltung der Deputation geäußert. Dieser Brief lag den Beiratsmitgliedern ebenfalls als Tischvorlage vor und ist als **Anlage 4** diesem Protokoll angefügt.
[7] Der Statusbericht II findet sich inzwischen auf der Homepage des Kinderbetreuungskompasses, http://www.kinderbetreuungskompass.de/, unter dem Reiter „informieren“ in der linken Spalte unter „Planung des Kindergartenjahres 2016/2017“.
[8] Die Präsentation ist als **Anlage 5** diesem Protokoll angefügt.

bauliche Verzögerungen, so dass diese Erweiterung erst im Verlauf des Kindergartenjahres zur Verfügung stehen werde;
- Oberschule Kurt-Schumacher-Allee (KSA): Eine Übernahme der dortigen Mobilbauten, die die Schule nicht mehr benötige, scheide voraussichtlich aus;
- Erweiterung der Kita Heinrich-Imbusch-Weg;
- Mütterzentrum: eine zusätzliche Gruppe;
- Kita auf dem Ampelspielplatz: Sie werde frühestens zum Kindergartenjahr 2018/ 19 zur Verfügung stehen und werde nicht wie ursprünglich mit vier bis fünf, sondern mit sieben bis acht Gruppen geplant. Gegenwärtig überarbeite Immobilien Bremen (IB) die vorhandenen Planungen und eine Machbarkeitsstudie sei beauftragt worden.

Herr Siegel spricht von einer „katastrophalen Situation“ für die Vahr: Es fehlten 45 Plätze. Hinzu kämen einrichtungsbezogene Wartelisten, damit summiere sich Zahl unversorgter Kinder auf etwa 80. Erfahrungsgemäß kämen unterjährig noch weitere Kinder hinzu. Er sehe, dass das Ressort Kinder und Bildung erst im Verlauf der Planungen für das kommende Kindergartenjahr die Verantwortung übernommen habe, aber für das Kita-Jahr 2017/ 18 werde das Ressort „voll in der Verantwortung“ stehen. Er erwarte, dass die Planungen frühzeitig und mit Hochdruck angepackt würden und dass die Zusammenarbeit mit anderen beteiligten Ressorts verbessert werde. Er erinnert nochmals daran, dass die Inbetriebnahme einer neuen Kita auf dem Ampelspielplatz von der ehemals verantwortlichen Senatorin Stahmann zum Kita-Jahr 2016/ 17 angekündigt worden sei und nun frühestens zum Kita-Jahr 2018/ 19 verwirklicht werde. Dass nun für diesen Standort eine Machbarkeitsstudie erstellt werden müsse, sei ihm unverständlich. In der Vahr sei frühkindliche Bildung absolut wichtig und deshalb müssten ausreichend Kita-Plätze zur Verfügung stehen.
Herr Maas unterstreicht, dass insbesondere in den benachteiligten Stadtteilen die Versorgungsquote erhöht werden müsse, und geht davon aus, dass besser situierte Stadtteile eine höhere Versorgungsquote aufwiesen.
Herr Mettert-Kruse zeigt sich „erstaunt“, denn gegenüber der Darstellung in der vergangenen Beiratssitzung habe sich nichts verändert. Er frage sich, warum angesichts der Situation nicht pragmatisch gehandelt werden könne und Notlösungen angestrebt würden.
Herr Andreßen sieht dies ähnlich. Bei der Aufnahme von Flüchtlingen sei es gelungen, schnell und unkompliziert zu handeln. Er frage sich, warum dies bei der Versorgung mit Kindergartenplätzen nicht ebenfalls möglich sei. Ein nicht vorhandener Kita-Platz bedeute für Eltern und Kinder ein verlorenes Jahr.

Frau Sakarya-Demirci nimmt zu Nachfragen folgendermaßen Stellung:
- Auch das Ressort für Kinder und Bildung habe das Interesse, dass sich neue Einrichtungen schnell realisieren ließen. Von den vorgegeben Abläufen lasse sich aber nicht abweichen, weil von deren Einhaltung die Vergabe der Betriebserlaubnisse für die Einrichtungen abhänge;
- IB habe bislang eine Serienbauweise für Kitas mit bis zu vier Gruppen entwickelt. Da für die Kita auf dem Ampelspielplatz aber bis zu acht Gruppen vorgesehen seien, müsse die bisherige Serienbauweise entsprechend fortentwickelt werden. Dies sei der Hintergrund für die beauftragte Machbarkeitsstudie;
- ortsteilbezogen lasse sich im Augenblick keine Versorgungsquote benennen, da zwar Daten des Statistischen Landesamtes zum 01.10.2015 vorlägen, aber noch keine aktuelleren;
- die Gründe für die baulichen Verzögerungen beim Ausbau der Kita August-Bebel-Allee habe IB nicht genauer erläutert;
- für den beabsichtigten Umbau der Kita an der Ev. Heilig-Geist-Kirche, für den die Bremer Evangelische Kirche einen Zuschuss beantragt habe, sei eine Lösung gefunden worden.[9]

Frau Dr. Mathes erinnert daran, dass hinsichtlich des Umbaus der Kita am Standort Heilig Geist nach wie vor eine offizielle Antwort des Ressorts ausstehe.

[9] Der Umbau der Kita an der Heilig-Geist-Kirche wurde bereits in der Beiratssitzung am 15.03.2016 thematisiert, siehe in Protokoll Nr. 10 (pdf, 51.8 KB) unter TOP 1.

Frau Walecki schließt sich der bereits geäußerten Kritik an und stellt fest, dass die Handlungsweise der Verwaltung Außenstehenden nicht vermittelbar sei. Sie zeigt sich irritiert, dass bei den Voruntersuchungen für einen neuen Standort nicht vorausschauend die maximal mögliche Platzzahl ermittelt werde.
Frau Brenner (Kita Heinrich-Imbusch-Weg) schließt eine Nutzung der Mobilbauten an der KSA für Kindertagesbetreuung eindeutig aus. Sie befänden sich in einem schlechten Zustand und zudem an einer viel befahrenen Kreuzung. Sie betont, dass die bisherigen Qualitäts-Standards auch zukünftig eingehalten werden müssten.
Herr Weigelt weist darauf hin, dass in den bürgerlichen Stadtteilen nicht nur die Betreuungsquote höher sei, sondern auch das tägliche Stunden-Angebot.

Weiteren Nachfragen entgegnet Frau Sakarya-Demirci wie folgt:

- Für den Standort Ampelspielplatz seien ursprünglich vier Gruppen vorgesehen gewesen. Dies hätte den Verkauf eines Teils des Grundstücks ermöglicht und sei von IB auftragsgemäß zunächst verfolgt worden. Mit dem höheren Bedarf sei diese Option verworfen worden und es werde nun mit bis zu acht Gruppen geplant. Dies erkläre die lange Vorlaufzeit für die Einrichtung.
  Frau Dr. Mathes ergänzt an dieser Stelle, dass für die Kita auf dem Ampelspielplatz neues Baurecht geschaffen werden müsse. Dies müsse parallel erfolgen und dürfe nicht zu weiteren Verzögerungen führen;[10]
- der Standort am Großen Kurfürst sei nicht vom Tisch, sondern bisher zurückgestellt, da die Bedarfe in anderen Ortsteilen höher seien. Sollten die vorhandenen Bedarfe weitere Standorte erforderlich machen, werde auch dieser weiter untersucht;
- die langfristige Verfügbarkeit von Fachkräften werde berücksichtigt;
- mit den sog. „Anmeldeüberhängen“ werde wie folgt verfahren:
  - die einzelnen Einrichtungen meldeten in der jetzigen Phase dem Ressort (Referat Tagespflege) freie Plätze, auf die das Ressort dann Kinder vermittle;
  - Kinder würden auch in angrenzende Stadtteile vermittelt, bspw. schöpfe Schwachhausen in diesem Jahr die vorhandenen Plätze nicht aus;
  - mit den Eltern werde Kontakt aufgenommen, mitunter werde eher ein Kita-Platz auf dem Weg zur Arbeit als am Wohnort gewünscht;
  - insgesamt habe das Ressort diesen Verfahrensschritt zum 01.10.2015 von den Sozialzentren übernommen und deshalb noch keine Erfahrungen;
  - langfristig müsse nachgesteuert werden und ggf. nach Bedarfslage auch Gruppen umgewandelt werden, bspw. von Ü3 zu U3.

Herr Resch bemängelt die Ungenauigkeit der vorgelegten Zahlen und sieht auch die angestrebte Versorgungsquote von 50% bei Kindern bis drei Jahren als zu gering an.

Frau Dagge (Kita August-Bebel-Allee) weist darauf hin, dass das Referat gegenwärtig alle Eltern, von deren Kindern im Referat die Kindergartenpässe vorlägen, nochmals anschreibe, um nachzufragen, ob der Bedarf noch bestehe. Viele Eltern verständen diese Briefe nicht und reagierten deshalb nicht oder nicht innerhalb der gesetzten Frist. Sie wendet sich gegen eine Beschleunigung der Verfahren zur Errichtung neuer Kitas, wenn das auf Kosten von deren Qualität gehe. Angesichts der vorliegenden Zahlen gehe sie davon aus, dass die neue Kita auf dem Ampelspielplatz zum jetzigen Zeitpunkt bereits ausgebucht wäre.
Frau Warnecke (Kita Heilig Geist-Kirche) warnt vor einer Erhöhung der Gruppenfrequenz von jetzt 20 (bei Ü3-Gruppen) auf 21 oder mehr Kinder. Damit seien die verbliebenen Rahmenpläne und insbesondere der damit verbundene Bildungsauftrag nicht mehr zu erfüllen.

Frau Sakarya-Demirci erklärt abschließend, dass

- in der Tat gegenwärtig nochmals alle verbliebenen Eltern, deren Kinder nicht versorgt seien, angeschrieben würden – das sei formal notwendig. Die Eltern hätten anschließend eine Rückmeldefrist. Nach ihren ersten Erfahrungen meldeten sich die

[10] Der bisher geltende Bebauungsplan 758 sieht für diese Fläche einen Kinderspielplatz vor und keine Kindertageseinrichtung. Folglich muss dieser Bebauungsplan geändert oder durch einen neuen ersetzt werden. Dieses Verfahren ist zeitaufwendig, weil es auch mit mehreren Anhörungsverfahren verbunden ist.

Eltern auch, notfalls nehme das Referat nochmals mit ihnen Kontakt auf. Für die Zukunft gebe es die Überlegung, das Anschreiben auch mehrsprachig zu verfassen;

- auf der Planungskonferenz im Herbst 2015 das Referat berichtet habe, wie mit den unter jährigen Bedarfen verfahren worden sei;
- die acht neuen Gruppen am in Planung befindlichen Standort Ampelspielplatz flexibel gehandhabt, also je nach Bedarf als U3- oder Ü3-Gruppe mit zehn oder 20 Kindern betrieben würden;
- vorrangig die Standorte in Stadtteilen mit einer geringen Versorgungsquote entwickelt würden. Abweichungen könne es geben, wenn private Träger eine Kindertages-einrichtung bauten;
- die kath. Gemeinde St. Raphael 2017 den Kita-Standort St. Hedwig sanieren werde, dabei würden aber die Betreuungskapazitäten aufrecht erhalten;
- die Frage, ob einzelne Gruppen um ein weiteres Kind aufgestockt würden, noch nicht abschließend geklärt sei. Auf jeden Fall werde dies aber nur mit Zustimmung der Träger erfolgen;
- die Senatorin auch das Ziel verfolge, durch die Verlagerung von Hort-Gruppen aus den Kitas in die Schulen neue Raumkapazitäten zu schaffen.

Frau Dr. Mathes bittet darum, das Wissen der Beiräte und Ortsämter in die Planungen mit-einzubeziehen.

TOP 3: Kinderbetreuung im ÜWH Bardowickstraße

Frau Dr. Mathes hält fest, dass sich die anderen Fraktionen inzwischen dem von der SPD-Fraktion vorgelegten Antrag angeschlossen hätten.

Herr Siegel erklärt, dass der Leiter des ÜWH Bardowickstraße zum 01.01.2016 eine Kinder-betreuung beantragt habe, aber bislang von der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport noch keine Zusage vorliege.
Er habe von Seiten der anderen Fraktionen Ergänzungswünsche zu dem vorgelegten Antrag erhalten, so dass sich aktuell folgende Formulierung ergebe:

> „Der Beirat Vahr fordert die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport auf, die von der Flüchtlingsunterkunft Bardowickstraße beantragte vierstündige Kinderbetreuung durch eine Fachkraft am Vormittag an fünf Tagen pro Woche für Kinder von null bis sechs Jahren (zurzeit zwölf Kinder) umgehend umzusetzen.“

Der Beirat stimmt diesem Vorschlag einstimmig zu.

TOP 4: Vorstellung des aktualisierten Stadtteilberichts

Dieser TOP wird mit Zustimmung des Beirats aus Zeitgründen auf die folgende Beiratssitzung verschoben.

TOP 5: Rückblick auf ein Jahr FSJ-Politik im Ortsamt

Frau Muminovic stellt an Hand einer Präsentation ihre Tätigkeit im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres Politik im Ortsamt vor und bedankt sich ausdrücklich für die Unterstützung seitens des Beirats und des Ortsamtes.[11]
Sie weist darauf hin, dass im Rahmen ihres Projekts auch ein Film über Beteiligungs-möglichkeiten von Jugendlichen in den Stadtteilen entstanden sei, der u.a. auf der Veranstaltung „Wem gehört die Stadt?“ im Bremer Rathaus gezeigt worden sei.[12]

Herr Siegel bedankt sich im Namen des Beirats bei Frau Muminovic für Ihre unterstützende Tätigkeit und wünscht ihr für die Zukunft alles Gute.

TOP 6: Programm Wohnen in Nachbarschaften (WiN)

[11] Die Präsentation ist als **Anlage 6** diesem Protokoll angefügt.
[12] Der Film ist inzwischen auf der Seite des Vahreports eingestellt, siehe unter http://www.vahreport.de/index.php/vahr-beirat-ortsamt/ortsamt-beirat-vahr/beiratssitzung/2016-2.

Herr Stöver stellt drei Maßnahmen aus dem Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ und eine aus dem Programm „Soziale Stadt“ vor.[13]

Der Beirat nimmt die Maßnahmen zustimmend zur Kenntnis.

Herr Stöver weist abschließend darauf hin, dass gegenwärtig noch Projektmittel in der Höhe von € 9.063 vergeben werden können, für die allerdings auch schon Anträge vorlägen.

TOP 7: Verschiedenes

Herr Siegel teilt mit, dass er darauf angesprochen worden sei, dass die diversen Wortspiele mit dem Stadtteilnamen der Vahr für Migrant/innen oftmals unverständlich seien und zu einem falschen Erwerb der deutschen Sprache führten.

Sprecher	Sitzungsleitung	Protokoll
Siegel	Dr. Mathes	Berger

[13] Die Anträge lagen den Beiratsmitgliedern als Tischvorlage vor und sind als **Anlage 7** diesem Protokoll angefügt.